

Oliver W. Lembcke

Christentum und Rechtspopulismus

Einige Anmerkungen zu einer politischen Theologie der Demokratie

📄 Der vorliegende Beitrag widmet sich dem Verhältnis von Christentum und Populismus. Grob gefragt: Sind Christen keine Populisten? Die These ist, dass die christliche Bildung sowie die Praxis des christlichen Glaubens in den institutionellen Formen der Kirche zur Immunisierung gegenüber den Versuchungen populistischen Denkens beitragen können. In den christlichen Bildungs- und Lebenswelten findet sich eine Reihe von Gegenmitteln gegen die democratieschädigenden Wirkungen des Populismus. Sie bieten mithin ein Reservoir an kulturellen Voraussetzungen, von denen der freiheitliche Verfassungsstaat lebt.

🔗 Demokratie, Populismus, politische Theologie, Christentum, Institutionen

👤 **Dr. Oliver W. Lembcke** ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politische Theorie an der Ruhr-Universität Bochum. Zu den Gegenständen seiner Forschung gehören v. a. die Demokratietheorie, das Verhältnis von Politik und Recht sowie die Ideengeschichte der Neuzeit.

Seit einiger Zeit wächst die Sorge um den Zustand der Demokratie – gerade mit Blick auf den Osten. Denn in den Wahlen der vergangenen Jahre scheint die Grenze, die die beiden deutschen Staaten während des Kalten Krieges getrennt hat, wieder auf und teilt das Land sichtbar farblich in zwei Sektoren ein, wobei der eine im Osten erheblich „blauer“ erscheint. Das ist kein Zufall, wenn die AfD, um nur ein Beispiel zu geben, wie bei der Landtagswahl 2024 in Thüringen in 519 der 591 Gemeinden den höchsten Zweitstimmenanteil holt.

Anders verhält es sich im Eichsfeld, einem Landkreis im Nordwesten Thüringens, der sich von anderen Landkreisen und kreisfreien Städten nicht nur im Freistaat, sondern in sämtlichen ostdeutschen Bundesländern durch seinen mehrheitlich christlichen Bevölkerungsanteil unterscheidet. Zwar gewinnen auch hier die Rechtspopulisten bei der letzten Landtagswahl rund 8 %-Punkte beim Zweitstimmenanteil hinzu. Die CDU bleibt im Eichsfeld mit 37,4 % jedoch stärkste Partei und liegt damit deutlich über dem Landesergebnis. Zahlen wie diese werfen grundsätzliche Fragen zum Verhältnis von Religion und Politik auf,



die in Deutschland gerade durch die Beschäftigung mit der NS-Geschichte eine konkrete Form erhalten haben.

Diese Diskussion kann hier nicht ausgebreitet werden. Stattdessen bietet sich als Ausgangspunkt eine ideative Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Populismus an, der für sich betrachtet eine eigene, von totalitären Herrschaftsideologien zu unterscheidende Herausforderung demokratischer Regierungssysteme darstellt. Diese Eigenart gilt es in einem ersten Schritt besser zu verstehen, um sich daran anschließend die Frage vorzulegen, welche Abwehrkräfte das Christentum als eine gebildete Religion gegen den Populismus zu mobilisieren imstande ist. Mehr als eine Skizze kann dieser kurze Beitrag dafür nicht liefern, schon gar nicht eine nachhaltige Bestimmung des Verhältnisses von Politik und Religion. Aber einige Bemerkungen seien erlaubt, um das Nachdenken darüber zu inspirieren, das sich im deutschsprachigen Raum üblicherweise mit dem schwierigen Begriff der politischen Theologie verbindet.

Demokratischschädigende Wirkungen des Populismus

Populistisches Denken will keinen Systemwechsel, keine Revolution, keinen Bruch mit der Demokratie. Es mag autoritäre Regierungstechniken bejahen, aber die Referenzgröße bleibt das Volk, dessen Wille und Interesse. Der typische Vorwurf an die Regierenden lautet daher auch „nur“, dass man endlich Volkes Meinung hören und umsetzen solle. Insoweit populistische Bewegungen die mangelnde Responsivität des politischen Betriebs beklagen, können sie eine genuin demokratische Rolle übernehmen, denn keine Regierung sollte sich gegen Kritik, gleich von welcher Seite, abschirmen können, ohne deren Berechtigung zu prüfen. Allerdings können vom populistischen Denken gleich in mehrfacher Weise demokratischschädigende Wirkungen ausgehen. Vier dieser Wirkungen sollen kurz erläutert werden.

Toxische Wirkung: Der Forderung, Politik solle die Belange des Volkes berücksichtigen, liegt eine moralisch aufgeladene Dichotomie zugrunde, die das gute („reine“) Volk von der bösen („korrupten“) Elite trennt.¹ Diese Ab- und Ausgrenzung diskreditiert Repräsentanten der etablierten Politik, um dagegen den Anspruch erheben zu können, im Namen des Volkes zu sprechen und zu handeln. In gesteigerter Form verliert der Gegensatz zwischen Elite und Volk jeden Bezug zu politischen Inhalten und wird zu einem grundsätzlichen Modus der Politik – ganz auf der Linie von Carl Schmitt², demzufolge die Unterscheidung zwischen Freund und Feind das Wesen der Politik ausmache.

1 Vgl. C. MUDDE, *The Populist Zeitgeist*, in: *Government and Opposition* 39/4 (2004), 542–563.

2 Vgl. C. SCHMITT, *Der Begriff des Politischen*. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, 61996.

Parasitäre Wirkung: Die parasitäre Haltung zur Demokratie zeigt sich u. a. daran, dass das demokratisch erzeugte Recht und die durch das Recht geformte Institutionenordnung vorausgesetzt und deren Spielregeln im Zweifel auch eingeklagt werden. Für Populisten sind diese selbst jedoch längst unter einen Dauerverdacht geraten, allein dem Machterhalt einer vom Volk entkoppelten Elite zu dienen. Jeder Skandal oder/und jede Fehlleistung sind folglich nur Wasser auf die propagandistischen Mühlen.

Ausgrenzende Wirkung: Populisten verbinden die Herrschaft des Volkes mit einer starken Vorstellung der politischen Einheit einer bereits bestehenden Einheit des Volkes, dessen interne Pluralität und Konfliktivität gar nicht erst in den Blick kommen. Folglich könne auch die institutionelle Vermittlung zwecks friedlicher Konfliktlösung ausgespart werden. Dem Willen des Volkes wird eine konstitutive Bedeutung zugesprochen, ist er doch die Instanz, über das eigene Schicksal, über Wohl und Wehe der Nation zu entscheiden. In seiner Willkür genügt er sich selbst, er kennt keine Willensbildung, keine Belehrung oder auch nur Zweifel.

Unreflektierte Wirkung: Populisten halten es mit dem „gesunden Menschenverstand“, Klartext-Rhetorik und Aktivismus.³ Was zählt, ist die Mehrheitsregel mit der Chance zum Durchregieren. Deshalb steht typischerweise der Abbau der konstitutionellen Errungenschaften auf der populistischen Agenda (z. B. Mechanismen zur Gewaltenteilung und Gewaltenschränkung oder Foren, in denen der deliberative Modus der Politik gestärkt wird). Elon Musks DOGE ist nur das jüngste Beispiel dafür.

Christlicher Glaube und populistische Versprechen

Ein wesentlicher Kern des Christentums ist die Liebe – zu Gott, auch zu den Mitmenschen. Art, Inhalt und Reichweite sind Gegenstand theologischer Diskurse, der Hinweis auf die Liebe soll nur in Erinnerung rufen, dass der christlichen Lehre der Begriff des Feindes im Grunde fremd ist. Auch der gefallene Engel wird nicht zum Feind, sondern tritt als Verführer auf, der den Menschen vom rechten Weg der Gottesliebe abzubringen sucht, sofern es diesem an Glaubenskraft mangelt. Zudem erhält die Spaltung der Welt in der Bibel eine Gestalt, nämlich die des Teufels, der ein „diabolisches“, d. h. spalterisches und damit Chaos stiftendes Geschäft (im Gegensatz zur symbolischen, sinnstiftenden Einheit) betreibt.

Vor diesem Hintergrund könnte eine christliche Bildung in verschiedener Weise dazu beitragen, wesentliche Elemente populistischen Denkens zu erkennen, deren Wirkungen einzuschätzen und nach Alternativen zu suchen:

3 Vgl. P. ROSANVALLON, *La Contre-Démocratie*, 2006.



- Sie hilft jedem dabei, der hören will, sich dagegen zu sperren, Politik auf die Kategorien von Freund und Feind zu reduzieren.
- Sie könnte es erleichtern, das „vergiftete“ Versprechen zu durchschauen, dass ausgerechnet die Spalter jene vermeintlich vorhandene Spaltung zwischen Volk und Elite aufheben wollen, deren Existenz sie behaupten und von der sie zu profitieren beabsichtigen.
- Ferner könnte sie in dem Konzept der ‚Einheit des Volkes‘ eine eschatologische Komponente identifizieren – eine mächtige Waffe, zumal in Verbindung mit einem geschickten Emotionsmanagement, die dem Populismus die Möglichkeit eröffnet, Kampagnen, Proteste und Aufruhr durch das Beschwören einer besseren Welt mit stetig erneuerbarer Energie zu versorgen. Christliche Bildung kann einen darüber belehren, dass Eschatologie in irdischen Angelegenheiten unheilvolle Wirkungen zeitigt, nicht zuletzt im Bereich der Politik, in der auf diese Weise politische Überzeugungen in politische Religionen verwandelt werden.

Ein weiterer Bereich, der das Christentum als eine gebildete Religion auszeichnet, ist die Reflexion gelebter Gläubigkeit in den institutionellen Formen der Kirche. Reflexionen dieser Art vermögen einen personalen Erfahrungsraum zu erzeugen, der in der Lage ist, die bisweilen zeitaufwendigen und vielgestaltigen Prozesse der Willensbildung und Entscheidungsfindung zu integrieren. Im Gegensatz zur Institutionenfeindlichkeit des Populismus bildet sich auf diese Weise Institutionenvertrauen, das es ermöglicht, Verfahren, die auf eine Bildung und Bereicherung zielen, nicht als eine Art Verfremdung, Trübung oder Schwäche anzusehen. Pluralismus, Inklusion und Diversität sind dann Elemente der menschlichen Suche nach Klarheit und Richtigkeit, oftmals in einem Ringen um die eigene Position. Und auch die Klarheit, die der Wille vor allem in Gestalt der Authentizität erlangen kann, unverstellt und unmittelbar, erhält einen eigenen Ort, nämlich als eine höchstpersönliche, nicht einfach auf den öffentlichen Raum zu übertragene Erfahrung, im Zwiegespräch mit Gott.

Politische Theologie der Demokratie

In mancherlei Hinsicht dauert das Erbe Carl Schmitts an. Das gilt auch für den Begriff der politischen Theologie. Der Begriff ist so unscharf und vieldeutig, dass er kaum mehr als den Verweisungszusammenhang zwischen Politik und Religion meint. Auch deswegen lebt er fort⁴ – und verlangt immer wieder nach

4 Vgl. O. HILDAGO, Politische Theologie. Beiträge zum untrennbaren Zusammenhang zwischen Religion und Politik, 2018.



Überprüfung, Justierung, gegebenenfalls Neubestimmung des Verhältnisses.⁵ Als Legitimationsstütze der einen oder anderen Seite ist der Begriff längst überholt. Auch in seinen rechten und linken Varianten hat er ausgedient. Vielleicht aber bieten die Herausforderungen des Populismus einen Grund, diesen Begriff wieder aufzugreifen – hier nur in Form eines Appells, die Demokratie als eine kulturelle Errungenschaft zu begreifen, an deren Hervorbringen und Erhalt Politik und Religion teilhaben.

Populisten bevorzugen eine Politik der direkten, unmittelbaren Art. Angesichts der erheblichen Entscheidungskosten liberaler Demokratien äußert sich deren Kritik oftmals in Ungeduld, Unzufriedenheit und Unverständnis gegenüber den komplexen Strukturen moderner Staatlichkeit, bürokratischer Verwaltung inklusive, der Verhandlungslogik einer pluralistischen Parteiendemokratie sowie den Sicherungs- und Teilhabesystemen einer verfassungsrechtlich geformten Rechtsstaatlichkeit. Anders als die Politik waren die christlichen Kirchen kein Ort, an dem die Kämpfe zur Durchsetzung dieser institutionellen Konfigurationen stattgefunden haben. Aber sie waren und sind ein Ort, der die Austragung dieser Konflikte begleitet und deren Befriedung mitunter sogar vorgeformt hat. Es ist kein Ort, der dem Prinzip dezisionistischer Unmittelbarkeit huldigt. Die Vorliebe der Populisten für eine Politik der Unmittelbarkeit verbindet sich mit beständigen Versuchen, gesellschaftliche Erregungszustände zu erzeugen, sei es durch Wut oder Angst.

Der emotionale Ausnahmezustand korrespondiert dann aufs Beste mit einem politischen Ausnahmezustand, in dem sich nicht mehr ernsthaft zwischen Lüge und Wahrheit, Regel und Ausnahme, Sinn und Unsinn unterscheiden lässt. Und umso einfacher füllt sich der leere Wille des Volkes willkürlich mit momentanen, eruptiven, disruptiven Günstlingsgaben. Das ist das Gegenteil von dem, wofür das Christentum steht. Statt Wille und Willkür bestimmen in dieser Religion Verantwortung und Verbindlichkeit die Praxis des Zusammenlebens. Eine Praxis, von der der freiheitliche Verfassungsstaat lebt.

5 Vgl. I. AUGSBERG / K.-H. LADEUR (Hg.), Politische Theologie(n) der Demokratie. Das religiöse Erbe des Säkularen, 2018.